



Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 20.02.2007

## Polizeidienst eignet sich nicht zum Ehrenamt!

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist seit der Errichtung gegen die Institution des Freiwilligen Polizeidienstes. Aus guten Gründen, die wir in der Vergangenheit (fast) bei jeder Gelegenheit vorgetragen haben. Neben rechtlichen Bedenken haben wir auch immer auf die für den Freiwilligen Polizeidienst im Landeshaushalt eingestellten Mittel hingewiesen. Unser Ansinnen, den Freiwilligen Polizeidienst aufzulösen oder durch Verzicht auf Neueinstellungen „auslaufen zu lassen“, wurde von allen CDU-Innenministern immer wieder zurück gewiesen.

„Wer – wie der Sprecher des Innenministers - den Polizeibeamtinnen und –beamten zur Entgegnung auf die aktuell wieder erhobenen Forderungen, den Freiwilligen Polizeidienst einzustellen, gebetsmühlenartig vorbetet, der Freiwillige Polizeidienst sei ein „*Spiegelbild der Gesellschaft*“, der stellt die aktiven Polizistinnen und Polizisten damit außerhalb dieser Gesellschaft“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende, Josef Schneider. Das ist nach der Meinung des GdP-Chefs „die dümmste Argumentation, die man zugunsten des Freiwilligen Polizeidienstes überhaupt finden kann“.

Josef Schneider: „*Unser Slogan < Wo Polizei drauf steht, muss auch Polizei drin sein >* gilt weiter uneingeschränkt. Deshalb begrüßen wir natürlich auch die aktuellen Forderungen aus der SPD und der FDP zur Auflösung des Freiwilligen Polizeidienstes. Wir hätten uns allerdings gewünscht, dass diese Debatte in den Beratungen zum Einzelplan des Innenministeriums in den vergangenen Tagen im Landtag geführt worden wären“. Dort gibt es nämlich eine Mehrheit für die Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes.

Dass sich die Polizei nicht fürs Ehrenamt eignet wissen auch die Fachleute im Innenministerium schon seit Jahren. Sie dürfen es aus Loyalitätsgründen gegenüber ihrem Minister und seiner Partei nur nicht sagen. Als wir noch einen SPD-Innenminister hatten wurde der heutige Landespolizeipräsident am 26.08.1992 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung folgendermaßen zitiert: „*Ich kann professionellen Verbrechern keine Laienschauspieler gegenüberstellen ..... Er frage sich deshalb, sagt Hetger, wie lange es noch zu vertreten sei, Hilfspolizisten auf Streife zu schicken?*“

In einer Stellungnahme zu einem Antrag der SPD-LT-Fraktion vom 24.09.1993 schrieb der damalige Innenminister Birzele (SPD): „*Von der historisch begründeten Zuständigkeit in Notstandssituationen abgesehen, kann der Freiwillige Polizeidienst den Polizeivollzugsdienst weder ersetze noch in seinen wesentlichen Aufgaben entlasten. Ein Entlastung der Polizeibeamten ist nur insoweit möglich, als einfache gelagerte Tätigkeiten übertragen werden können, wenn es sich dabei noch um vollzugs-*

*typische Aufgabenfelder handelt. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn bei Veranstaltungen für polizeiliche Aufgaben ein erhöhter Personalaufwand notwendig, ein Einschreiten auf breiter Basis aber nicht zu befürchten ist .....*“

Übrigens: Der Landesrechnungshof hat bereits 1983 aus fiskalischen Gründen für die Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes plädiert. Wie viel hätte man im Landeshaushalt seither schon sparen – oder vernünftigerweise an anderer Stelle für die Polizei verwenden können?

**Herausgeber:**  
**Gewerkschaft der Polizei**  
**Landesbezirk Baden-Württemberg**  
**Maybachstr. 2**  
**71735 Eberdingen-Hochdorf**

**Rufnummer für Rückfragen:**  
**Josef Schneider, Landesvorsitzender, Tel. 0171/4669911**